

Unterrichtung
(zu Drs. 16/286, 16/397 und 16/461)

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 17.09.2008

Zukunft der Bahn und der Bahnindustrie für die Menschen sichern

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/286

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/397

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/461

Der Landtag hat in seiner 15. Sitzung am 17.09.2008 folgende EntschlieÙung angenommen:

Qualität des Bahnverkehrs in den Ländern sichern

Der Landtag bekräftigt auch unter den neuen Rahmenseetzungen der inzwischen erfolgten Bundestagsbeschlüsse seinen Beschluss Drs. 15/4154 „Privatisierung der Deutschen Bahn darf nicht zu Lasten des Landes Niedersachsen gehen“ und erwartet die Berücksichtigung der darin festgeschriebenen Forderungen an die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich gegenüber der Bundesregierung weiterhin für die Berücksichtigung der Länderinteressen und insbesondere für die Umsetzung folgender Forderungen mit Nachdruck einzusetzen:

1. Aufgrund seiner Allgemeinwohlverpflichtung für die Schieneninfrastruktur muss der Bund im Rahmen einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung die Qualität und Kapazität strecken- und regionalnetzspezifisch sicherstellen. Für den Betrieb der Regionalnetze sollen die Länder nach Subsidiaritäts- und Effizienzkriterien ein Zugriffsrecht erhalten.
2. Der Bund muss für eine angemessene Mittelausstattung beim Bestandsnetz Sorge tragen und insbesondere die als Mindestinvestitionssumme vorgesehenen 2,5 Mrd. Euro pro Jahr ausschließlich als verlorenen Zuschuss gewähren. Jüngste Überlegungen, einen Teilbetrag nur in Form eines zinslosen Darlehens zu gewähren, bringt die Gefahr der Qualitätsminderung bzw. steigender Nutzungsentgelte mit sich. Belastet würden dadurch insbesondere der Schienenpersonennahverkehr als größter Kunde und damit die Länder.
3. Bei den Verkehrsgesellschaften sind Mindeststandards auch für den Fernverkehr festzulegen, die beispielsweise durch die gemeinsame Ausschreibung von stark und schwach frequentierten Fernverkehrsstrecken gewährleisten, dass auch mittelgroÙe Städte an den Fernverkehr angeschlossen bleiben.

(Ausgegeben am 19.09.2008)